Schluss mit der Schuldenwirtschaft !

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil anlässlich der SVP-PK vom 3. Januar 2005

Das Parlament hat in der Wintersession ein Budget verabschiedet, das zwar als schuldenbremsenkonform gilt, aber deswegen keineswegs zu befriedigen vermag. Deshalb hat es unsere Fraktion auch grossmehrheitlich abgelehnt. Entscheidend für die Neuverschuldung ist ja nicht das Defizit von CHF 1,8 Mrd. in der Finanzrechnung, sondern der Fehlbetrag in der Erfolgsrechnung, der sich auf rund CHF 4 Mrd. beläuft. Würde man diese neuen Schulden in Tausendernoten aufschichten, ergäbe sich ein Turm, der die Höhe des Eifelturmes um 100 Meter übertreffen würde. Was uns aber noch mehr Sorge bereitet ist die mittel- und längerfristige Zukunft. Allein schon der Finanzplan des Bundes 2006-08 müsste eigentlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler alarmieren.

Bis 2008 will der Bund gemäss Finanzplan rund CHF 9 Mrd. zusätzliche Einnahmen von den Steuerzahlern kassieren. Dies bedeutet eine jährliche Einnahmensteigerung um 4,4%. Trotz dieser enormen Einnahmensteigerung werden in der Erfolgsrechnung, die auch die Abschreibungen und Amortisationen, wie z.B. die nicht einbezahlten Beiträge an die Pensionskasse der Bundesangestellten berücksichtigt, weitere Defizite von rund CHF 14 Mrd. resultieren. Diese Defizite werden die Bundesschulden bis Ende 2008 auf rund CHF 145 Mrd. (fast CHF 80'000 pro Familie) anschwellen lassen und damit um CHF 39 Mrd. bzw. 36% über dem Niveau des Jahres 2001 liegen, in dem die Abstimmung über die Schuldenbremse stattfand. Zusammen mit den Kantons- und Gemeindeschulden dürften die öffentlichen Schulden bis 2008 auf über CHF 270 Mrd. ansteigen (gegen CHF 150'000 pro Familie). Allein die Verzinsung dieser Schulden werden 2008 bei einem angenommenen Zinsniveau von 3,5% fast CHF 10 Mrd. bzw. fast CHF 5'500 pro Familie erreichen. Wenn die vom Bund erwarteten hohen Einnahmensteigerungen nicht eintreffen, werden die Schulden noch stärker ansteigen.

Um diese neue Verschuldung zu verhindern gibt es drei Möglichkeiten.

1. Das Wirtschaftswachstum steigern. Um die vorgezeichneten Defizite zu eliminieren, müsste ein nominelles Wachstum von rund 5-6% erzielt werden. Dies ist eine Utopie, angesichts der anhaltend tiefen Inflation infolge des globalen Wettbewerbes. Wenn man zudem bedenkt, dass die Hauptlast der erhofften Einnahmensteigerung auf die Konsumenten entfällt (direkte Bundessteuer + CHF 4,2 Mrd., Mehrwertsteuer + CHF 2,3 Mrd. Tabaksteuer + CHF 322 Mio. LSVA + CH 646 Mio), dann wird selbst die Wachstumsschätzung des Bundes bis 2008 von einem nominellen Wirtschaftswachstum von je ca. 3,2% fraglich.

2. Die Einnahmen steigern. Bezogen auf die direkte Bundessteuer des Jahres 2003 würde dies eine Steuererhöhung um 24% oder in Bezug auf die Mehrwertsteuer eine Anhebung des Satzes auf 9% bedeuten würde. Damit schösse sich die Schweiz endgültig aus dem internationalen Standortwettbewerb.

3. Die Ausgaben senken. Im Finanzplan ist jedoch keine Ausgabensenkung vorgesehen. Im Gegenteil. Bis 2008 sollen die Ausgaben trotz Entlastungsprogrammen 03/04 und Aufgabenverzichtsplanung gegenüber dem Budget 2004 um weitere CHF 3,6 Mrd., gegenüber der Rechnung 2003 sogar um CHF 6,2 Mrd. ansteigen. Von Sparen kann somit keine die Rede sein. Es wäre wirklich an der Zeit, diese Sparlüge endlich zu beerdigen.

Es ist beschämend, dass die Schulden des Bundes von CHF 38 Mrd. im Jahre 1990 bis Ende 2008 auf gegen CHF 145 Mrd. zulegen werden. Der Fehlbetrag der Bilanz, die elegante Umschreibung von aufgehäuften Defiziten, wird im Verlaufe des Finanzplanes die CHF 100 Mrd. überschreiten. Und noch beschämender der nächsten Generation gegenüber ist die Tatsache, dass der Bundesrat und das Parlament mit Winkelzügen und faulen Tricks die mit einem Ja-Anteil von 85% vom Volk gutgeheissene Schuldenbremse zu umgehen versuchen.

Die Feststellung, die Schweiz, inklusive Kantone und Gemeinden schneide im europäischen Vergleich immer noch günstig ab, vermag nicht zu überzeugen. Es trifft zwar zu, dass wir sowohl in Bezug auf die Schulden wie auch auf die Neuverschuldung günstiger dastehen als die meisten europäischen Länder. Aber in

Bezug auf das Wachstum des Staates und der Sozialwerke im Vergleich zum Privatsektor nimmt die Schweiz eine unrühmliche Spitzenstellung ein. Und zudem sollte nicht vergessen werden, dass die OECD-Zahlen rund CHF 60 Mrd. an Zwangsabgaben nicht erfassen. Wenn unser Staat und die Sozialwerke weiter so wuchern wie in den letzten paar Jahren, die Wirtschaft aber weiter durch Abgaben und Steuern, aber auch durch administrative Neubelastungen im Wachstum behindert wird, dann werden die Einnahmen dieser Institutionen in 24 Jahren unser Bruttosozialprodukt übersteigen. Ab rund 2013 werden die Anzahl Beschäftigten abnehmen, während die Anzahl der Pensionierten weiter zunimmt. Jeder weiss, dass die beschleunigte Verschlechterung des Verhältnisses der aktiven Bevölkerung zu den Rentnern unsere Sozialwerke finanziell in die Enge treiben wird. Viele haben aber nicht bemerkt, dass unseren Nachkommen nicht nur das Demographieproblem zu schaffen machen wird, sondern auch die stark angestiegene Zahl der vom Staat direkt oder indirekt Beschäftigten und Abhängigen. Wenn man die Beschäftigten in der Verwaltung, im öffentlichen Verkehr, im Gesundheits- und Bildungswesen aber auch all die mehr oder weniger staatlichen Einrichtungen, angefangen von den Kantonalbanken über die Post bis hin zum mit Zwangsabgaben finanzierten Radio und Fernsehen dem verbleibenden Privatsektor gegenüberstellt, dann stellt man fest, dass noch im Jahre 1990 etwas mehr als 4 in der Privatwirtschaft Tätige für einen Staatsabhängigen aufkommen musste. Heute sind es noch rund 3.

Die SVP ist nicht mehr bereit, diese unverantwortliche Finanzpolitik mitzutragen. Wir fordern nun aber nicht weitere Sanierungs-Kleinprogramme wie die EP-03, EP-04 oder die falsch etikettierte Aufgabenverzichtsplanung, die im Grund genommen nichts anderes als ein weiteres bescheidenes Effizienzsteigerungsprogramm ist, sondern eine umfassende Sanierung der Staatsfinanzen. Wir werden im Verlaufe des Jahres unsere konkreten Vorstellungen präsentieren. Vorerst werden wir aber beim Budget 2006 ansetzen. Die FDP-Interimspräsidentin hat ja im Zuge der Budgetdiskussionen 2005 bereits angekündigt, dass die FDP für 2006 eine ausgeglichene Rechnung anstrebe. Wir werden dieses Ziel sicher unterstützen und die Budgetvorgaben 2006 entsprechend formulieren.